

Antrag

**der Abgeordneten Silke Seif, Birgit Stöver, Antje Müller-Möller,
Dennis Gladiator, Sandro Kappe (CDU) und Fraktion**

Betr.: Wissenschaftliche Evaluierung des Kita-Gutschein-Systems beauftragen

Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflegepersonen leisten einen elementaren Beitrag für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Das Kita-Gutschein-System gibt den Kita-Trägern große Freiheiten und hat damit entscheidend dazu beigetragen, dass Hamburg über eine sehr vielfältige Kita-Landschaft verfügt, die den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz flächendeckend erfüllen kann.

Doch das Kita-Gutschein-System stößt in seiner jetzigen Form an seine Grenzen. Das System wurde vor über 20 Jahren konzipiert. Es basiert auf Annahmen und Regelungen aus dem Jahr 2003, die aufgrund veränderter Rahmenbedingungen in der heutigen Zeit in der Praxis so nicht mehr tragfähig sind. Die Lage im Kitabereich ist sehr angespannt. Dies belegen auch offene Briefe, Positionspapiere und Demonstrationen von Kita-Verbänden, Elternvertretungen und Gewerkschaften in der jüngsten Vergangenheit. Sie adressieren, dass sich das Hamburger Kita-Gutschein-System einer Vielzahl von aktuellen Herausforderungen stellen muss: Übernahme der Tarifabschlüsse, Personalschlüssel, Fachkräftemangel, Fachkräftesicherung, Fachkräftebindung und EGH.

Es ist aus Sicht der CDU-Fraktion daher an der Zeit, das Kita-Gutschein-System auf den Prüfstand zu stellen und eine Bilanz zu ziehen. Uns ist bewusst, wie angespannt die Lage im Kita-System ist. Aus diesem Grund fordern wir die Beauftragung einer wissenschaftlichen Evaluierung des Kita-Gutschein-Systems.

Die Bürgerschaft möge daher beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. eine wissenschaftliche Evaluierung des Kita-Gutschein-Systems zu beauftragen;
2. nicht nur die Vertragspartner des Landesrahmenvertrags „Kinderbetreuung in Tageseinrichtungen“, sondern alle in Hamburg tätigen Kita-Träger, die Kindertagespflegepersonen, den LEA sowie alle für die Hamburger Kindertagesbetreuung relevanten Gremien und Akteure über die Ergebnisse der Evaluierung zu informieren;
3. der Bürgerschaft bis zum 31. Dezember 2025 zu berichten.